

# Halle'sche Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

<b>Bezugspreis:</b> monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zustellpersonen entgegen. — Näheres enthält den Verlag von Schönbach, —	<b>Halle-Saale</b>	<b>Anzeigenpreis:</b> Die 8 Spalten 84 mm breite Mittel-Spalte 10 Pfennig, kleine 5 Pfennig. Die 4 Spalten 90 mm breite Grenz-Spalte 20 Pfennig, Randspalte 10 Pfennig, 20 Pfennig, 30 Pfennig, 40 Pfennig, 50 Pfennig, 60 Pfennig, 70 Pfennig, 80 Pfennig, 90 Pfennig, 100 Pfennig.
<b>Geschäftsstelle Halle-Saale:</b> Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5699 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 20 512.	<b>Freitag, 10. Oktober 1924</b>	<b>Geschäftsstelle Berlin:</b> Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürststr. 6280. Eigene Zeitungs-Schreibstube. — Verlag u. Druck von Otto Göttele, Halle-Saale.

# Die „Volksgemeinschaft“ endgültig gescheitert

## Der ratlose Reichskanzler

### Eine Erklärung Marx'

Berlin, 9. Oktober.

(Eigener Drahtbericht.)

In der Besprechung des Reichskanzlers mit den Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei wurde vom Reichskanzler Mitteilung von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Verhandlungsführer gemacht. Die deutschnationalen Vertreter nahmen von der dadurch geschaffenen neuen Lage Kenntnis. Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er nimmere die Verhandlungen über die Schaffung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten als erledigt ansehe und sich morgen erneut mit den Parteien über den jetzt einzuschlagenden Weg ins Benehmen setzen werde. Die Deutsche Volkspartei entsandte um 6 Uhr ihre Führer Dr. Schulz und Dr. Curtius zum Reichskanzler, um ihm mitzuteilen, daß die Volkspartei nach den Erklärungen der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten eine neue Situation als vorliegend betrachte und daß sie vom Reichskanzler erwarte, er werde seine Bemühungen nimmere in der Richtung zur Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung fortsetzen.

### Die Antwort der Sozialisten

Berlin, 9. Oktober.

Von 4-6 Uhr empfing der Reichskanzler die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Franke, Weiss, Wittmann und Silberling. In der Aussprache wurde von den sozialdemokratischen Unterhändlern erneut betont, daß die sozialdemokratische Reichsfraktion bereit ist, bei vom Reichskanzler auf Grund seiner Richtlinien angebotenen Regierungserweiterung zuzustimmen. Sie stellen indessen fest, daß der gestrige Beschluß der deutschnationalen Reichsfraktion mit den Wünschen der Reichsfraktion unvereinbar sei und daß sie daher den Plan des Reichskanzlers als gescheitert betrachten.

Die für heute nachmittag angelegte Besprechung der Führer der Regierungsparteien mit dem Reichskanzler ist auf Freitag vormittag verschoben worden.

### Steuerlos

Berlin, 9. Oktober.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Die Sage ist demorener denn je zuvor, wenigstens einige Optimisten behaupten, sie durch die Erklärung des Reichskanzlers als gescheitert, eine gewisse Klärung erfahren habe. Das ist nur beinahe richtig. Das von vorderein unmögliche Projekt eines Zusammenstimmens von Bergl und Weitzel ist allerdings endgültig damit erledigt und bei der ausdrücklich festgelegten Stellungnahme der Deutschen Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie besteht auch keinerlei Möglichkeit, daß etwa der Gedanke einer Erweiterung nach links noch einmal wieder auftaucht. Die Sozialdemokraten sind also aus dem Spiel heraus und halten sich in Reserve, vielleicht in der Hoffnung, daß die weitere Entwicklung ihnen überausgünstige Wege doch wieder zu einem Räte in einer neuen Kombination der Wirtschaftlichen Gebräde bereiten könnte. Es kommt nun alles darauf an, was Herr Marx morgen tun wird und man hat sehr oft den Eindruck, daß

Steuer seiner Hand entlassen ist. Er gibt das auch selbst zu, indem er durch den Entschluß, sich möglichst mit den Regierungsparteien erneut über den jetzt einschlagenden Weg ins Benehmen zu setzen, die Initiative von sich abwälzt und sie in die Fraktionen hineinverlegt. Allerdings schmeißt das Ganze hart nach einem neuen Versöhnungsmandat, das angelehnt werden soll, um die Deutschnationalen dazu zu bewegen, sich irgendeine Weise zu geben, die von den der Reichserweiterung widerstehenden Kräften im Zentrum und den Demokraten dazu benutzt werden könnte, auch diese Kombination zu geschlagen und so, wie es der demokratische Fraktionsbeschlüß deutlich wünscht, alles beim Alten zu lassen.

Angewiesenseit befindet sich die Deutsche Volkspartei in einer sehr schweren Lage. Sie hat zwar durch ihre Führer Dr. Schulz und Dr. Curtius, aber offenbar ohne vorherige erneute Befragung der Fraktion, dem Reichskanzler darauf hingewiesen, daß er nimmere die Bemühungen fortsetzen (richtiger wäre: aufnehmen) müsse, zur Bildung einer nach rechts erweiterten Regierung zu kommen. Aber sie ist sich doch wohl noch vollkommen unklar darüber, was geschehen soll, wenn Herr Dr. Marx oder für ihn das Zentrum einfach nein sagt. Sie könnte daraus die Konsequenz ziehen und die Regierung sprengen. Dann besteht die Gefahr, daß Herr Ebert als oos ex machina auftritt und Herrn Weitzel mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, mit der Auffassungsbörde vor den Reichstag tritt und somit den gesamten Wahlapparat der Parteien in die Hand spielt. Die Gefahr scheint von der Volkspartei ziemlich ernst genommen zu werden, zumal auch die Ueberlegung miffließt, daß ein auf diese Weise zur Macht gekommener Außenminister Dr. Weitzel oder Graf Harnack in den 6-8 Wochen Weitzel außenpolitisch vollzogene H. Für die eigentlich notwendige Konjunktur bei weiterer Zuteilung des Zentrums besteht also bei der Volkspartei noch durchaus nicht der feste und unerwärtliche Entschluß. Sie dürfte ihre Taktik darauf anlegen, entweder doch noch die Reichsfraktion zu erreichen oder die

Aufstellung des Reichstages unter dem gegenwärtigen Ministerium, das dann die Ueberleitungsgefächte bis nach erfolgter Reuwahl in der Hand hält, zu erzwingen. Die Deutschnationale Partei kann in dieser Lage nichts anderes tun, als reserviert abzuwarten, was die nächsten Stunden bringen und somit treibt das Reichschiff wieder einmal wilden Sturmes im Strudel der Krise.

**Rechtskoalition oder Reichstagsauflösung?**  
Berlin, 9. Oktober.  
Die Fraktionsführung des Zentrums ist gegen 2 Uhr unterbrochen worden. Die Beratungen werden im Laufe des Nachmittags fortgesetzt. In der Aussprache, die sich an

besa Meseraz des Reichskanzlers anstieß, wurden die verschiedenen Möglichkeiten der Regierungsumbildung eingehend erörtert. Es kamen dabei auch Fragen gestellt, die die Möglichkeiten zum Ausdruck. Die Möglichkeit einer Regierung der Volksgemeinschaft wird in Zentrumskreisen als äußerst gering angesehen.

Wie wir erfahren, wurden auch in der Kabinettsitzung, die bis gegen 2 Uhr dauerte, alle Möglichkeiten der Regierungsumbildung eingehend besprochen. Der Kanzler wird seine Kabinettsitzung am nächsten Sonntag fortsetzen, die Fraktionen für eine parlamentarische Zusammenarbeit zu gewinnen. Zu diesem Zweck wird der Kanzler noch heute nachmittag die Fraktionsführer der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen empfangen. Reichskanzler Marx hat die Absicht, von den Fraktionen eine klare und eindeutige Antwort zu verlangen, ob sie mit den von ihm aufgestellten Richtlinien als Regierungsprogramm einverstanden sind. Eine Erweiterung der Richtlinien durch den Kanzler nicht für opportun, da nicht alle Einzelheiten in einem Regierungsprogramm geregelt werden können. Gehnt die Bildung einer Regierung der Volksgemeinschaft nicht, so gewinnt der Kanzler seine Handlungsfreiheit zurück. In parlamentarischen Kreisen hat man den Eindruck, daß die Krise sich immer mehr auf die Frage „Rechtskoalition oder Reichstagsauflösung“ zubehlt.

**heute Zahlung der zweiten Reparationsrate für Oktober**  
Berlin, 9. Oktober.  
(Eigener Drahtbericht.)

Nachdem Deutschland am 1. Oktober 6,3 einen Betrag von 14 Millionen Goldmark auf Reparationskonto eingezahlt hat, erfolgt hierauf, wie wir erfahren, die Zahlung der zweiten Oktoberrate. Diese zweite Oktoberrate beträgt gemäß den Bedingungen des stellvertretenden Agenten für Reparationszahlungen 15 Millionen Goldmark. Herr Dames hat heute vom Finanzminister Mitteilung erhalten, daß der Betrag bereits gestellt sei. Wie hoch sich der abdann am 20. d. M. fällige deutsche Betrag belaufen wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen und hängt in erster Linie von der Höhe der von der Regie gestützten Zahlungen und den Einnahmen des Reichsbank-Affes ab. Nach Mitteilung des stellvertretenden Generalagenten für Reparationszahlungen laufen auch die Zahlungen von der Regie bei dem Generalagenten in betrieblender Weise ein.

**Das englische Unterhaus aufgelöst**  
Vom König genehmigt  
London, 9. Oktober.

Der König hat heute früh sofort nach seiner Rückkehr aus Schottland Macdonald empfangen. Die Audienz dauerte 45 Minuten. Nachdem der Premierminister vom Buckingham-Palast nach Downingstreet zurückgekehrt war, fand ein Ministerrat statt, an dem sämtliche Kabinettsmitglieder teilnahmen. Ministerpräsident Macdonald empfahl dem König die Auflösung des Parlamentes. Der König hat die Auflösung des Unterhauses genehmigt. Das Auflösungsdekret wird verlesen, sobald das geteilt im Oberhaus angenommene Gesetz über die irische Grenzfrage verabschiedet worden ist. Im gegenwärtigen Unterhaus, das aus 615 Mitgliedern besteht, haben die Konserverativen 258, die Liberalen 166, die Arbeiterpartei 193, die irischen Nationalisten und die Unabhängigen sechs Mandate inne.

### Neuwahlen in England am 29. Oktober

London, 9. Oktober.

(Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Kammitungsung des Unterhauses teilte ein Regierungsvertreter mit, daß es

möglich sein werde, die Reuwahl am 29. Oktober stattfinden zu lassen. Zu unterrichteten Kreisen glaubt man, daß dieser Termin schon jetzt als feststehend anzusehen ist.

Die nationalstiftischen Blätter drücken heute offen ihre Freude über die gestrigen Ereignisse im englischen Unterhaus aus. Der „Clarion“ betont z. B., die Unterliegen Frankreich wären mit denen Englands nun endlich einmal vollständig. Nach der Aktion Francaise habe Macdonald nur für die Durchführung gearbeitet, die die Spuren des Krieges so schnell wie möglich wegwischen wollte. Der „Gaulois“ sagte, das Unterhaus wäre ein nicht gemachten und folglich eine Gefahr für Stabilität und Geschicklichkeit gesehen also, daß sich die Liberale Partei den Konserverativen wegen der Arbeiterpartei auflehne. Nur sei es leider wenig wahrscheinlich, daß die Liberalen zu einem solchen Opfer bereit seien. Mit Macdonald, so schreibt das „Echo de Paris“, wäre die sozialistische Reform eine Waffe gewonnen, um England über die Interessen Frankreichs hüttempihren zu lassen. Die Konserverativen und die Liberalen hätten sich sehr wohl verstanden. Darum ließen sie Macdonald ein Werk ausführen, dessen Vollendung sie übernahmen, ohne jedoch dafür die Verantwortlichkeit zu tragen. Heute aber erkannten sie, daß falls Macdonald so fortführe, er seiner eigenen Partei diene. Der „Matin“ schreibt: Die letzten politischen Zaten Macdonalds würden von einem großen Teil der Wähler sichtlich aufgenommen. Bei den Neuwahlen würden sich die beiden Richtungen der Arbeiterpartei bekämpfen, während Liberale und Konserverative nicht so dumm sein würden, sich zu gesplittern, um den Erfolg der Arbeiter zu gewährleisten. Die demokratischen und die sozialistischen Zeitungen urteilen folgendermaßen: Der Sturz des Kabinetts Macdonald kommt nicht unübersehbar. Die Arbeiter hätten nichts zu verlieren. Sie hätten alles erreicht, was sie wollten.

**Jubel der Pariser Nationalisten**  
Paris, 9. Oktober.

Die nationalstiftischen Blätter drücken heute offen ihre Freude über die gestrigen Ereignisse im englischen Unterhaus aus. Der „Clarion“ betont z. B., die Unterliegen Frankreich wären mit denen Englands nun endlich einmal vollständig. Nach der Aktion Francaise habe Macdonald nur für die Durchführung gearbeitet, die die Spuren des Krieges so schnell wie möglich wegwischen wollte. Der „Gaulois“ sagte, das Unterhaus wäre ein nicht gemachten und folglich eine Gefahr für Stabilität und Geschicklichkeit gesehen also, daß sich die Liberale Partei den Konserverativen wegen der Arbeiterpartei auflehne. Nur sei es leider wenig wahrscheinlich, daß die Liberalen zu einem solchen Opfer bereit seien. Mit Macdonald, so schreibt das „Echo de Paris“, wäre die sozialistische Reform eine Waffe gewonnen, um England über die Interessen Frankreichs hüttempihren zu lassen. Die Konserverativen und die Liberalen hätten sich sehr wohl verstanden. Darum ließen sie Macdonald ein Werk ausführen, dessen Vollendung sie übernahmen, ohne jedoch dafür die Verantwortlichkeit zu tragen. Heute aber erkannten sie, daß falls Macdonald so fortführe, er seiner eigenen Partei diene. Der „Matin“ schreibt: Die letzten politischen Zaten Macdonalds würden von einem großen Teil der Wähler sichtlich aufgenommen. Bei den Neuwahlen würden sich die beiden Richtungen der Arbeiterpartei bekämpfen, während Liberale und Konserverative nicht so dumm sein würden, sich zu gesplittern, um den Erfolg der Arbeiter zu gewährleisten. Die demokratischen und die sozialistischen Zeitungen urteilen folgendermaßen: Der Sturz des Kabinetts Macdonald kommt nicht unübersehbar. Die Arbeiter hätten nichts zu verlieren. Sie hätten alles erreicht, was sie wollten.





